

## Kreistagsrückblick

Zur ersten Kreistagsitzung 2007 im Ratskeller Rodewisch wurden am 12. März 9 Vorlagen beraten und beschlossen. Den Bericht zum Haushaltskonsolidierungskonzept nahm Landrat Dr. Lenk von der Tagesordnung und verwies auf die Befassung in den Ausschüssen. Er gab auch den Abschluss der Stasi-Überprüfung bekannt.

### Eilentscheidung zum Waldpark Grünheide

In seiner Bekanntgabe über die getroffene Eilentscheidung erinnerte der Landrat nochmals an den Kreistagsbeschluss vom 28. Dezember 2006. Damals empfahl der Kreistag in einer form- und fristlos sowie nichtöffentlich einberufenen Beratung, dem Waldpark Grünheide einen zeitweiligen Zuschuss von 200.000 Euro zur Verfügung zu stellen, um akute Liquiditätsprobleme zu überbrücken und die gemeinsame Stiftung vorzubereiten.

„Möge alles so auf den Weg kommen, wie wir es vereinbart haben“, brachte Lenk zum Ausdruck und schlug vor, halbjährlich über den Stand im Wirtschaftsausschuss des Kreistages zu berichten. Rückzahlungsfristen legte der Landrat in seiner Eilentscheidung fest.

### ARGE-Bilanz 2006

Mit einem Bericht der Geschäftsführerin der gemeinsamen ARGE Agentur für Arbeit Vogtlandkreis Martina Kober begann die Kreistagsitzung. In einem ausführlichen Jahresrückblick ging sie u. a. auf die Arbeitslosenquote, Arbeitsvermittlung, den gezielten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente, Förderung von Beschäftigung und Ausbildung ein. Das umfangreiche Ausgabenvolumen erldigen 178 Mitarbeiter der ARGE, die vor allem mit Beschäftigungsprojekten für über 50-jährige Alleinerziehende oder der Förderung von Jugendlichen bundesweite Aufmerksamkeit erzielt haben.

Aufgrund drei tätlicher Übergriffe auf Mitarbeiter informierte Martina Kober am Ende ihrer Ausführungen abschließend, dass zukünftig in allen Dienststellen ein Wachdienst zum Einsatz kommt.

*Weitere ausführliche Informationen lesen Sie auf Seite 5.*

### 1. Tagesordnungspunkt: Umschuldung eines Kommunaldarlehens

Seit seiner Bildung hat der Vogtlandkreis deutliche Altschulden abzutragen, die die ehemaligen Landkreise hinterlassen haben. In Zahlen gefasst wurden von den 44,9 Millionen Euro übernommener Altschulden gut 20 Millionen Euro, also nahezu die Hälfte, in nur zehn Jahren getilgt. Der Landrat informierte, dass die gegenwärtige Prokopfverschuldung 183 Euro betrage und unter der des Sachsen-durchschnitts liege. Bemerkenswert ja sogar beachtlich ist es, neben dem Schuldenabbau seit 1999 Investitionen ohne Kreditaufnahme realisiert zu haben. „In Sachsen wäre dies auf alle Fälle beispieldlos.“

Nach einer Unterbrechung der Sitzung und nichtöffentlicher Beratung entschieden sich die Kreisräte entgegen dem wirtschaftlichsten Vorschlag der Verwaltung für einen Zuschlag an die Sparkasse Vogtland, um wirtschaftsfördernd zu wirken.

### VSC betreibt zukünftig die Vogtland Arena

Nach Abschluss der dreijährigen Bauzeit im Dezember letzten Jahres entschied sich der Kreistag einstimmig für den VSC Klingenthal als zukünftigen Betreiber der Vogtland Arena im deutsch-tschechischen Wintersportzentrum. Dabei votierten die Kreisräte zugleich für ein von der Verwaltung überzeugend dargestelltes Drei-Säulen-Modell. Demnach bleibt

1. der Landkreis als Öffentliche Hand Eigentümer der Schanze;
2. übernimmt die Strukturförderungsgesellschaft mit ihren gewerblichen und privatrechtlichen Möglichkeiten die Verwalterfunktion und übt damit die Kontrolle der Fördervoraussetzung und die Einhaltung der Förderziele des deutsch-tschechischen Wintersportzentrums als hundertprozentige Tochter der Landkreisverwaltung aus;
3. übernimmt der VSC als gemeinnütziger Verein die alleinige Betreuung der Schanze.

Mit dieser Entscheidung, unterstrich Wirtschaftsdezernent Lars Beck, aktiviert der Vogtlandkreis alle Möglichkeiten und Spielräume nach dem Motto: „so viel Freiheit wie möglich und so viel Kontrolle wie nötig“. Mit der Entscheidung für die SFG wurde zugleich eine zukunftsweisende Strukturentscheidung deutlich, die Schanze in ein zukünftiges einheitliches Immobilienmanagement des Landkreises zu integrieren. Das Votum zeigte zugleich, dass sich die bisherige Konstruktion einer gemeinsamen GmbH aus VSC und Kreiskultur GmbH nicht bewährt hat und vom Fördergeber auch nicht genehmigt wurden ist.

Mit dieser Lösung hofft der Landrat auf einen starken nationalen und internationalen Auftritt der Vogtland Arena, die mit Umwegrendite, Wertschöpfung deutliche regionale Wirtschaftskraft entwickeln soll. Das heißt auch haushaltsorientiert nicht klein-klein zu denken, sondern als Landkreis für die Region einen deutlichen Wirtschaftsanschub zu leisten.

Bei 26 Euro pro Tagesbesucher und gut 100.000 Gästen im vergangenen Jahr konnte dafür bereits ein deutlicher Faktor geleistet werden. In der nötigen Kontrollfunktion und mit dem Blick auf das Finanzgeschehen wurde die Bildung eines Aufsichtsrates vorgeschlagen, der aus dem Landrat des Vogtlandkreises, dem Vorstand des VSC sowie jeweils einem unabhängigen Steuerberater, Wirtschaftsfachmann sowie Marketingexperten besteht sowie Vertretern der Hauptsponsoren und des Landesskiverbandes.

Der Einblick in die Finanzplanung, Jahresrechnung und Gewinnverteilung ist durch den Landkreis dahingehend begründet, entsprechende Mittel zukünftig für die gezielte Talentförderung und Nachwuchsarbeit einzusetzen.

Für das entgegengebrachte Vertrauen und die mit viel Anerkennung bedachte Leistung im vergangenen Jahr bedankten sich die anwesenden Mitglieder des VSC mit spontanem Applaus.

### Nachwahl eines Vertreters im Jugendhilfeausschuss

Aufgrund einer erforderlichen Nachwahl entschied sich der Kreistag einstimmig für Wolfgang Kolbe als stellvertretendes Mitglied für die Sportjugend Vogtland.

Zwei Anträge der Fraktion die Linkspartei.PDS zur Bekanntgabe von Informationen und Terminen im Kreis-Journal sowie die Erweiterung des bisherigen Tagesordnungspunktes Anfragen in „Anfragen und Informationen“ wurde mehrheitlich aufgrund bestehender gesetzlicher Regelungen abgelehnt.

### Stellungnahme des Vogtlandkreises zur Kreisgebiets- und Funktionalreform

In zwei Beschlussvorlagen formulierte der Vogtlandkreis im Anhörungsverfahren seine Stellungnahme sowohl zum Kreisgebietsneugliederungsgesetz, als auch im Rahmen der Kommunalisierung der Staatsaufgaben zum Verwaltungsneuordnungsgesetz. Mehrheitlich spricht sich der Kreistag nach wie vor für einen vogtländischen Sonderweg und damit für die Erhaltung der Kreisfreiheit der Stadt Plauen aus. „Wir favorisieren nach wie vor das Kooperationsmodell als Sonderweg, wenn dieses Leitbild konform und verfassungsgerecht ist“, machte der Landrat nochmals deutlich. In der Stellungnahme geht der Vogtlandkreis auf alle Aspekte ein und schildert auch konkret aufgelistet, die noch bestehenden und vor allem finanzrelevanten Probleme.

Dabei wird die Funktionalreform durch die Kommunalisierung staatlicher Aufgaben seitens des Vogtlandkreises begrüßt, um mehr Bürgernähe zu erreichen, insbesondere aber Verwaltungskosten des Staates zu sparen. Damit soll insgesamt eine effizientere Verwaltung in Sachsen entstehen.

Es wurde zugleich deutlich gemacht, dass der Vogtlandkreis bereits jetzt die Voraussetzungen für die Übernahme der staatlichen Aufgaben und der entsprechenden Staatsbediensteten besitzt. Da die Verwaltung zukünftig schnell, exakt und preisgünstig arbeiten muss, wäre eine größere Aufgabenübertragung an die Kommunen wünschenswert gewesen. Dies wurde als erheblicher Mangel der Reform

bezeichnet, da sie eine mögliche Aufgabenübertragung an die Städte und Gemeinden nicht umfänglich vorsieht und unter Freiwilligkeit stellt. Deshalb muss mit einer weiteren Reform in Zukunft gerechnet werden, will man ein tatsächliches Verwaltungsoptimum erreichen.

Rechtsdezernentin Christina Uhlenhaut begründete die Auffassung des Vogtlandkreises wie folgt:

1. Es wird festgestellt, dass durch den Wegfall der Kreisfreiheit der Stadt Plauen die Region Vogtland insgesamt an wirtschaftlicher und politischer Bedeutung verlieren wird. Nach den Vorstellungen der Staatsregierung wird im Gebiet zwischen Hof und Chemnitz keine kreisfreie Stadt mehr angesiedelt sein.
2. Im Vierländereck statten die anderen Länder die Grenzregionen mit kreisfreien Städten aus. Das Gewicht Sachsens in der Euregio Egrensis wird daher geschwächt, da das nächste kreisfreie Forum Chemnitz ist und außerhalb der europäischen Grenzregionen liegt.
3. Allein die landesplanerische Einstufung der Stadt Plauen als Oberzentrum für einen Kompensationsausgleich zu den Verdichtungsräumen Chemnitz - Dresden - Leipzig reicht nicht aus, um eine Schwächung des Bildungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktes Vogtland ohne eine kreisfreie Stadt Plauen abzuwenden. Das bedeutet auch einen Wegfall von rund fünf Millionen Euro Schlüsselzuweisung.
4. Es besteht also keinesfalls die Notwendigkeit der Auflösung des Vogtlandkreises.

In einer detaillierten Darlegung und rechtlichen Würdigung sowie im Vergleich mit der Eingliederung Thüringer Kommunen 1992 in den damaligen Landkreis Plauen kommt man zu den Schluss, dass der Kreistag einer Auflösung des Vogtlandkreises nicht zustimmen kann.

Die Stellungnahme umfasst im Weiteren eine Einschätzung der Zweckverbände, deren finanzielle Risiken dringend eine Klärung benötigen - zum Anpassungsfonds, der im Gesetzestext verankert gefordert wird - einer Anschubfinanzierung, für die der Vogtlandkreis eine zusätzliche Leistung für den dezentralen Standort seiner Kreisverwaltung fordert, die jährlich mit geschätzten Mehrkosten von 1,5 Millionen Euro verbunden sind.

Weitere Aussagen betreffen haushaltsrechtliche, wahlrechtliche sowie personalrechtliche Vorschriften. Bei Letzterem sprach man sich durch den Kündigungsschutz der an den Landkreis übergehenden Staatsbediensteten dafür aus, dass es keine Schlechterstellung der Mitarbeiter des Vogtlandkreises geben darf. Immerhin hat die Landkreisverwaltung seit ihrer Gründung sehr konsequent und sozial verträglich Personal abgebaut, so dass jetzt die Forderungen des Sächsischen Rechnungshofes erfüllt sind und damit zukünftig vor allem jungen Leute eine Anstellung finden sollen.

Mit acht Gegenstimmen und einer Enthaltung wurde die Stellungnahme zum Verwaltungsneuordnungsgesetz im Rahmen der Kommunalisierung der Staatsaufgaben verabschiedet. Dabei wird die Regelung, dass einvernehmliche Lösungen zur Übernahme des Personals erfolgen sollen ebenso positiv bewertet, wie der gesetzliche Übergang der Arbeitnehmer einschließlich der Auszubildenden. Auch hier erwartet der Vogtlandkreis noch notwendig zu treffende Regelungen des Freistaates. Auch eine Differenzierung zwischen Staatsbediensteten und kommunalen Mitarbeitern wird als nicht hinnehmbar und mit Sorge betrachtet. Das wird man im Auge behalten, auch entsprechend der Leistung, die der Vogtlandkreis bislang bezüglich seiner Personalleistungs erreicht hat. Die Stellungnahme umfasst ebenfalls die fachspezifischen Aussagen der jeweiligen Fachbereiche zur Funktionalreform.

Nach dem Tagesordnungspunkt Anfragen entschieden die Kreisräte im nichtöffentlichen Teil über zwei Flächenverkäufe im Gewerbegebiet Treuen - Hartmannsgrün. Beide Entscheidungen ermöglichen weitere Investitionen.